

bpm-newsletter #1+2/2010

herausgegeben vom bündnis für politik- und meinungsfreiheit

<http://www.pm-buendnis.de/de/materialien/newsletter/>

(bisherige Newsletter // neu eintragen!)

Liebe Leserinnen und Leser,

Nach einer kleinen Winterpause habt ihr nun den aktuellen Newsletter des bpm auf dem Bildschirm. Diesmal lest ihr von der Frankfurter Studierendenschaft, die durch das eigene Präsidium in Frage gestellt wird, vom blockierten Naziaufmarsch am 13. Februar in Dresden und verschiedenen Gesetzen oder Kooperationen, die nicht ganz unkritisch zu betrachten sind.

Rückmeldungen erwünscht: In eigener Sache fragt das bpm nach Interessierten an einer Neuauflage der bereits vergriffenen Überwachungsaufkleber.

Vorgreifend angekündigt sei an dieser Stelle die voraussichtlich Ende April stattfindende Vollversammlung des bpm, für die noch dringend ein Ort gesucht wird (bitte an die übliche Kontaktadresse wenden)! Auch werden Ämter neu zu besetzen sein, wofür es eine gesonderte Ausschreibung geben wird.

Viel Spass beim Lesen wünscht euch das bpm

INHALT:

- \*\*\*1. Angriff auf Frankfurter Studierendenschaft
- \*\*\*2. ... und sie kamen nicht durch! (Rückblick Neonaziaufmarsch 13. Februar in Dresden)
- \*\*\*3. Kooperation von Bundeswehr und Kulturministerium
- \*\*\*4. Gesetz zu Netzsperrern verabschiedet
- \*\*\*5. Schnipsel
- \*\*\*6. Neuauflage der Überwachungsaufkleber
- \*\*\*7. Termine
- \*\*\*8. Anhängsel

\*\*\*1. Angriff auf Frankfurter Studierendenschaft

Das Präsidium der Uni Frankfurt unternahm Anfang des Jahres einen bisher nicht da gewesenen Eingriff in die Finanzautonomie der Frankfurter Studierendenschaft, indem es per „sofort zu vollziehendem Beschluss“ die für die Verfasste Studierendenschaft erhobenen Beiträge von 8€ auf 4€ senkte. Die Rechtsabteilung der Uni warf der Studierendenschaft vor, sie hätte in den letzten Jahren zu hohe Rücklagen gebildet, dennoch wurde der „Beschluss“ dem AStA aufgrund von Fehlkommunikation erst kurz vor Weihnachten – 2 Wochen vor Beginn der Rückmeldung – mitgeteilt, was eine adäquate Reaktion darauf nahezu unmöglich machte.

Bedenkt mensch noch die aufgrund der gewaltsamen Räumung des Casinos bis aufs Äußerste angespannte Beziehung zwischen Studierendenschaft und Präsidium der Goethe-Uni, liegt der Gedanke nicht weit, dass hier politische Auseinandersetzungen mit anderen Mitteln ausgetragen werden. Eine durch Haushaltssperre seit Anfang des Jahres nahezu handlungsunfähige Studierendenschaft, dürfte - jedenfalls für das Frankfurter Präsidium - nicht von Nachteil sein.

Trotz aller Missverständnisse und Fehlkommunikation markiert dieser Eingriff in die Finanzautonomie der Studierendenschaft deutlich eine neue Qualität der Angriffe auf die

(Finanz)Autonomie der Verfassten Studierendenschaften und verschärft die Fronten weiter. Wird der Angriff - zumindest offiziell - noch indirekt geführt, so bleibt abzuwarten, wie sich dies in den nächsten Monaten weiterentwickeln wird.

weitere Informationen und Hintergründe:

<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/angriff-auf-frankfurter-studierendenschaft-beitrag-halbiert/>

Vorläufiges Urteil des VGH (Eilentscheidung):

<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/vgh-beitragskuerzung-fuer-den-asta-ffm-rechtens/>

\*\*\*2. ... und sie kamen nicht durch! (Rückblick Neonaziaufmarsch 13. Februar in Dresden)

Als im Dezember 2009 Polizei und Staatsanwaltschaft gegen das breite gesellschaftliche Bündnis „Nazifrei!Dresden stellt sich quer“ aufgrund eines vermeintlichen Aufrufs zu Straftaten vorging, glaubte keine\_r, dass den europaweit mobilisierten Neonazis am 13. Februar mehr als 10.000 Menschen mit Blockaden entgegentreten werden. Der Aktionstag war nicht nur ein Erfolg für das Gegenbündnis, sondern auch im Kampf gegen rechtsgerichtetes Denken in Dresden und überall!

Einen ausführlichen Tagesbericht findet ihr unter:

<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/und-sie-kamen-nicht-durch/kategorie/stellungnahmen/>

Nachlese zum 13. Februar findet ihr unter:

<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/nachlese-13-februar/>

\*\*\*3. Kooperation von Bundeswehr und Kultusministerium

In Freiburg beteiligten sich am 23. Januar etwa 500 Menschen an einer vom Bildungsstreikbündnis organisierten, unangemeldeten Demo gegen die Kooperation zwischen Bundeswehr und Kultusministerien mit dem Titel „Bundeswehr raus aus dem Klassenzimmer“. Es war die bundesweit erste Demonstration gegen eine solche Kooperationsvereinbarung, die so oder ähnlich auch schon in Nordrhein- Westfalen, Rheinland Pfalz und dem Saarland geschlossen wurde. U.a. beinhaltet sie eine Intensivierung der Schulbesuche von so genannten Jugendoffizieren, deren Ausbildungsstätte früher bezeichnenderweise „Amt für psychologische Kriegsführung“ hieß. Dabei verstoßen die von ihnen gestalteten Stunden ganz bestimmt gegen das Kontroversitätsgebot, dass für den Politikunterricht gilt. Auch bei der Lehrer\_innenausbildung sollen Jugendoffiziere beteiligt werden.

Mehr Infos zu dieser Militarisierung der Gesellschaft gibt es z.B. unter:

<http://www.panzerfrei.de.vu/>

Eine Studie der Informationsstelle „Militarisierung zur Eroberung der Schulen“ gibt es unter:

[http://imi-online.de/download/MSG\\_Jugendoffiziere\\_Studie.pdf](http://imi-online.de/download/MSG_Jugendoffiziere_Studie.pdf)

\*\*\*4. Gesetz zu Netzsperrern verabschiedet

Am 17. Februar unterzeichnete der Bundespräsident Horst Köhler mit gut einem halben Jahr „Verspätung“ das "Netzsperrengesetz", welches noch von Ursula von der Leyen 2009 auf den Weg gebracht wurde. Ziel des Gesetzes ist es, kinderpornografische Seiten zu sperren.

Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die geplanten Netzsperrern bestehen laut Bundespräsident und Bundesregierung nicht.

Doch neben der aktuellen Regierung haben sich inzwischen die Grünen, die damals dem Gesetz zustimmten, Abstand von diesem genommen. Die "Tigerentenkoalition" startet in ihren aktuellen

Plänen einen direkten Angriff auf die Server (<http://www.heise.de/meldung/Schwarz-Gelb-plant-statt-Websperren-Gesetz-zur-Loeschung-von-Kinderpornographie-924950.html>), auf denen kinderpornografische Daten liegen, wohingegen die Grünen die Aufhebung des Gesetzes planen (<http://www.heise.de/meldung/Gruene-verabschieden-Entwurf-zur-Aufhebung-des-Websperren-Gesetzes-925692.html>). Auch die Justizministerin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, will das Gesetz eher heute als morgen vom Tisch haben (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Justizministerin-will-Websperren-vom-Tisch-haben-933499.html>).

Fakt ist: Das Gesetz ist den Parteien ein Bein am Klotz und der Umgang mit kinderpornografischen Seiten weiter Zankapfel der Regierung.

Hintergründe:

<http://politik-digital.de/netzsperrengesetz>

<http://futurezone.orf.at/stories/1639594/>

\*\*\*5. Schnipsel

Studie „Analyse der Gewalt am 1. Mai in Berlin“

<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/nd-studie-analyse-der-gewalt-am-1-mai-2009-in-berlin/>

Bündnisgeschichte „Recht auf Stadt“ (Hamburg) – wie eine Stadt sich nicht einfach geschlagen gibt  
<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/hamburg-recht-auf-stadt/>

\*\*\*6. Neuauflage der Überwachungsaufkleber

Das bpm will seine inzwischen vergriffenen, aber nach wie vor nachgefragten Überwachungsaufkleber bis zum Beginn des Sommersemesters neu auflegen. Die Motive:

<http://www.pm-buendnis.de/de/materialien/ueberwachungs-aufkleber/>.

Habt ihr Interesse an den Aufklebern? Dann würden wir euch bitten, eine von euch bestimmte Menge vorzubestellen, damit die Aufkleber gedruckt und (aus)finanziert werden können. Bitte schickt eure verbindliche Bestellungen bis 08.03. an [pm-buero@studis.de](mailto:pm-buero@studis.de) und sagt uns, wie viele Aufkleber ihr haben wollt und wie viel ihr mitfinanzieren könntet.

Kontakt: [pm-buero@studis.de](mailto:pm-buero@studis.de)

\*\*\*7. Termine

6./7. März 2010 Treffen des Koordinierungsausschuss (KO) des bpm (Jena)

13. März 2010 Demonstration YOU‘LL NEVER WALK ALONE! (Kiel;

[http://www.altemeierei.de/tiki-read\\_article.php?articleId=1410](http://www.altemeierei.de/tiki-read_article.php?articleId=1410))

(voraussichtlich am) 24./25. April 2010 Voll- und Mitgliederversammlung des bpm

1.-5. Juni 2010 „European Education Congress“ (Ruhr-Universität in Bochum;

<http://www.educationcongress.eu> )

\*\*\*8. Anhängsel

/// Was ist das bpm///

Mehr über uns und unsere Arbeit und Ziele (s. auch: Leipziger Aufruf:;) findet ihr auf:

<http://www.pm-buendnis.de/de/bpm-arbeit/das-buendnis/>

///finanzielle Unterstützung///

Auch das bpm braucht Gelder um arbeitsfähig zu bleiben. Daher bietet sich neben der Finanzierungshilfe über Materialien für euch eine Fördermitgliedschaft an. Meldet euch einfach bei uns wenn ihr hier Möglichkeiten der Unterstützung seht:

<http://www.pm-buendnis.de/de/unterstuetzung/>

///Kontakt///

\* Anschrift und Büro:

bpm bündnis für politik- und meinungsfreiheit e.V.

c/o AStA der FH FFM Kleiststr. 5

60318 Frankfurt/Main

\* Büro-Öffnungszeiten:

Übergangsbüro in Frankfurt am Main (jeden Dienstag, 17 - 18 Uhr)

Kleiststr. 5 / Ffm-Nordend // Tel: 069 1533 3265

\* Tel.:

Geschäftsführerin Johanna Völker: 0162 167 8830

\*Email:

[pm-buero@studis.de](mailto:pm-buero@studis.de)

\*Homepage:

<http://www.pm-buendnis.de>